

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 30,—.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befendbuerhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigesaltene Beitzelle oder deren Raum 200 M.,
für Veranlagungsanzeigen 80 M. pro Zeile.

Kameraden! Einheitlicher, geschlossener Arbeiterwille macht den Ansturm der Unternehmer auf den Achtstundentag zunichte.

Unser Zentralverband im dritten Quartal 1922.

Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe im dritten Quartal 1922 war nach den monatlichen Berichten im „Reichsarbeitsblatt“ nicht ungünstiger als im Vorquartal. Im Juli war der Beschäftigungsgrad gut, trotz des erheblichen Anziehens der Preise auf dem gesamten Baumarkt. Im Tiefbaugewerbe war, zum Teil infolge Kapitalmangels, eine merkbare Zurückhaltung wahrzunehmen. Der August setzte im allgemeinen günstig ein, doch zeigten sich bereits Anzeichen eines Umschwunges, als dessen Ursache die katastrophale Geldentwertung bezeichnet wurde. Aus einzelnen Teilen des Reiches wurde eine Einstellung begonnener Bauten gemeldet. Im September erfuhr die Beschäftigung durchweg eine Abschwächung, mitverursacht durch den Einfluß ungünstiger Witterungsverhältnisse. In der Hauptsache ging das Bestreben dahin, die begonnenen Bauten so schnell wie möglich zu beenden.

Die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern unseres Zentralverbandes im Berichtsquartal war nicht von Belang. Nach dem endgültigen Ergebnis der monatlichen Feststellungen waren im Juli 0,21 %, im August 0,27 % und im September 0,43 % arbeitslos. Gegen Quartalsende war mithin ein leichtes Ansteigen der Arbeitslosenziffer festzustellen. Die Krankenziffer war während des ganzen Quartals ziemlich stabil; sie stand im Juli auf 0,89, im August auf 0,85 und im September auf 0,91 %. Die absoluten Zahlen weist folgende Tabelle nach:

Monat	An den Erhebungen beteiligten sich		Arbeitslos waren Mitglieder wegen	
	Verbands-sachliche	Verbands-mitglieder	Mangel an Arbeit	Krankheit
Juli	958	108 342	220	937
August	978	108 631	297	928
September	900	110 013	478	1004

Umfang unseres Verbandes, Zahlstellen- und Mitgliederbewegung.

Am Schlusse des zweiten Quartals 1922 waren 1000 Zahlstellen vorhanden. Im Laufe des dritten Quartals 1922 wurden 14 Zahlstellen neu errichtet, so daß am Schlusse des dritten Quartals 1014 Zahlstellen verblieben.

Seit dem Jahre 1918 betrug am Schlusse des dritten Quartals die Zahl der Verbandszahlstellen:

1918	615
1919	847
1920	950
1921	967
1922	1014

Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des zweiten Quartals 1922 103 760. Im Laufe des dritten Quartals betrug der Zugang 18 072, der Abgang 11 952 Mitglieder. Der Mitgliederbestand war somit am Schlusse des dritten Quartals 109 880. Von den Mitgliedern waren 11 845 Lehrlinge.

Seit dem Jahre 1918 betrug die Zahl der Mitglieder am Schlusse des dritten Quartals:

1918	19 843
1919	75 635
1920	88 054
1921	91 756
1922	109 880

Die jedesmalige Zu- (+) beziehungsweise Abnahme (-) der Mitgliederzahl betrug seit 1918 im dritten Quartal:

1918	+ 137
1919	+ 6900
1920	+ 27
1921	+ 8408
1922	+ 6120

Wie sich in den preussischen Provinzen und den einzelnen Staaten des Deutschen Reiches die Zahlstellen- und Mitgliederbewegung seit dem Vorjahre gestaltete, zeigt die nachstehende Tabelle, wo die Zahl der Zahlstellen und der Mitglieder am Schlusse des dritten Quartals 1922 mit dem Stande der Dinge in der gleichen Zeit des Vorjahres verglichen wird:

Provinzen und Staaten	1921		1922		Zunahme (+) oder Abnahme (-) der Zahlstellen	Zunahme (+) oder Abnahme (-) der Mitglieder
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder		
Preussen	40	2963	48	3320	+ 8	+ 357
Westpreussen	13	1357	14	1708	+ 1	+ 346
Brandenburg	107	10061	115	12083	+ 8	+ 2022
Pommern	58	2942	60	3308	+ 2	+ 366
Posen	4	259	4	244	—	- 15
Sachsen	83	9583	91	10986	+ 8	+ 1403
Provinz Sachsen	87	7233	94	8837	+ 7	+ 1604
Schleswig-Holstein	46	2620	48	2920	+ 2	+ 300
Hannover	79	4437	83	5265	+ 4	+ 828
Westfalen	26	2353	31	3235	+ 5	+ 872
Hessen-Nassau	22	3023	24	3696	+ 2	+ 673
Rheinland	24	4178	24	4970	—	+ 792
Rheinprovinz	1	32	1	30	—	- 2
Bayern	590	51051	632	60597	+ 42	+ 9546
Nordrh.-Westf.	79	6332	82	8305	+ 3	+ 1973
Niederrhein	6	601	6	335	—	- 266
Sachsen	63	14182	63	16623	—	+ 2641
Württemberg	28	2165	27	2819	- 1	+ 654
Baden	17	1703	17	2592	—	+ 889
Hessen	14	1181	14	1386	—	+ 205
Mittel- u. Schw.-Sachsen	52	2020	53	2254	+ 1	+ 234
Sachsen-Weimar	13	1310	14	1650	+ 1	+ 340
Mittelsachsen	9	331	9	353	—	+ 19
Oldenburg	10	720	10	821	—	+ 101
Braunschweig	16	977	16	1146	—	+ 169
Sachsen-Meiningen	13	840	13	1000	—	+ 160
Sachsen-Altenburg	8	767	8	810	—	+ 43
Sachs.-Coburg-Gotha	8	674	8	871	—	+ 197
Anhalt	11	747	11	915	—	+ 168
Schwarzb.-Rudolstadt	6	288	6	287	—	- 1
Schwarzb.-Sondersb.	4	295	4	301	—	+ 6
Waldeck	2	46	2	64	—	+ 18
Neuch. ältere Linie	2	202	2	258	—	+ 56
Neuch. jüngere Linie	5	580	5	664	—	+ 104
Schaumburg-Lippe	3	128	3	144	—	+ 16
Lippe-Deimold	2	61	3	69	+ 1	+ 8
Lübbeck	1	491	1	535	—	+ 44
Bremen	1	841	1	1005	—	+ 164
Hamburg	4	3220	4	3856	—	+ 636
Einzelgäbld.-Hauptst.	—	20	—	20	—	—
Deutsches Reich insges.	967	91756	1014	109880	+ 47	+ 18124

Nach Ortsgrößenklassen geordnet, bietet unser Verband im dritten Quartal 1922 gegenüber dem dritten Quartal des Vorjahres das nachstehende Bild:

Ortsgrößenklassen	1921		1922		Zunahme (+) oder Abnahme (-) der Zahlstellen	Zunahme (+) oder Abnahme (-) der Mitglieder
	Zahlstellen	Mitglieder	Zahlstellen	Mitglieder		
über 100 000 Einw.	39	33080	39	40282	—	+ 7282
20 000 b. 100 000 E.	140	20088	140	23246	—	+ 3158
5 000 „ 20 000 „	347	22366	357	26595	+ 10	+ 4229
2 000 „ 5 000 „	291	11590	304	14017	+ 13	+ 2427
unter 2 000 Einw.	150	4662	174	5740	+ 24	+ 1078

Finanzgebaren.

Die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen betrug seit 1918 im dritten Quartal:

1918	276 254,80 M.
1919	1 320 654,24 „
1920	8 732 358,79 „
1921	5 654 700,92 „
1922	88 933 742,70 „

Die Gesamteinnahme in den Verbandszahlstellen setzt sich zusammen aus Eintrittsgebühren 55 180 M., Zentralfondswochenbeiträgen 27 349 353,70 M., Lokalfondswochenbeiträgen 9 641 512,30 M. und sonstigen Einnahmen 1 887 696,70 M.

Die örtlichen Ausgaben betragen seit 1918 im dritten Quartal:

1918	80 078,77 M.
1919	358 046,80 „
1920	806 906,48 „
1921	2 283 000,14 „
1922	8 480 194,61 „

An die Verbandshauptkasse wurden seit 1918 im dritten Quartal an laufenden Beiträgen eingelangt:

Jahr	An laufenden Beiträgen		An Ertragsmärkten der Hauptkasse		Streitfonds		Summe	
	M.	A.	M.	A.	M.	A.	M.	A.
1918	175325	20	—	—	—	—	175325	20
1919	879090	65	—	—	—	—	879090	65
1920	2589902	—	49216	—	—	—	2639118	—
1921	3368493	55	604	—	1345934	—	4715081	55
1922	2734935	70	—	—	—	—	2734935	70

Die Ausgaben der Verbandshauptkasse, ausschließlich der zurückgebuchten Summen, betragen seit 1918 im dritten Quartal:

1918	106 933,52 M.
1919	726 507,47 „
1920	2 053 723,22 „
1921	2 771 639,59 „
1922	13 264 420,79 „

Für Streit- und Gemahregelunterstützung sowie für Agitation verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1918 im dritten Quartal:

Jahr	Streitkosten, Lohnbewegungen, Verhandlungen		Gemahregelunterstützung		für Agitation		Summe	
	M.	A.	M.	A.	M.	A.	M.	A.
1918	2297	—	50	—	41100	96	44047	96
1919	45358	44	908	80	85002	28	539500	52
1920	904866	35	8268	76	172150	15	1086276	25
1921	2066459	44	5721	10	248320	63	2315501	17
1922	8787728	17	15523	—	1998650	67	5800101	84

An Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung verausgabte die Verbandshauptkasse seit 1918 im dritten Quartal:

Jahr	Erwerbslosenunterstützung				Sterbeunterstützung	Summe
	für Arbeitslose		für Kranke			
	am Orte	auf der Stelle	M.	A.		
1918	984	—	—	—	—	984
1919	20494	50	—	—	—	20494
1920	194415	60	—	—	—	313777
1921	42006	—	—	118799	70	5582
1922	10092	60	—	161019	40	12070

Der Vermögensausweis unseres Zentralverbandes stellt sich seit 1918 am Schlusse des dritten Quartals wie folgt:

Jahr	Bestände in den Zahlstellen		In den Zahlstellen verblichene Hauptkassengebühren		Bestand in der Hauptkasse		Summe	
	M.	A.	M.	A.	M.	A.	M.	A.
1918	845277	70	4545	10	4527819	78	5377642	58
1919	1024811	72	189136	45	4612162	01	5776110	18
1920	1416335	45	308307	94	5358209	15	7082852	54
1921	2281190	34	875648	35	8074078	45	11030915	14
1922	15099817	10	3556737	66	21233381	67	3969936	83

Der soziale Kampf im Jahre 1922.*

II.

Auf politischem Gebiet die Reaktion als Welckercheinung, auf wirtschaftlichem eine Weltwirtschaftskrise — diese beiden Kräfte brühten dem Jahre 1922 ihren Stempel auf und mit ihnen mußte sich der soziale Kampf in erster Linie auseinandersetzen. Man kann den sozialen Kampf für die Besserstellung der arbeitenden Schichten nicht führen, wenn gewisse politische Voraussetzungen, wie Freiheit der Rede und des Versammlungsrechts als elementare Befugnisse oder das Streikrecht als Abwehrmittel in Frage gestellt werden, oder wenn die politische Atmosphäre von Kriegsgefahr und Kriegsvorbereitungen verpestet ist. Es ist daher sehr bezeichnend, daß die Hauptaktionen des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam fast alle einen politischen Charakter hatten und haben mußten. Die von ihm veranstalteten Konferenzen in Genua, Rom und im Haag betrafen politische und wirtschaftliche Gegenstände, deren Inhalt kurz als Forderungen für die wirtschaftliche Wiederherstellung und politische Befriedigung Europas bezeichnet werden kann. In vielen Ländern mußte die Arbeitererschaft ihre Kräfte gegen politische Gewaltmaßnahmen verwenden. So konnte das Proletariat in der Schweiz mit Hilfe einer großzügigen Propaganda das Anti-Streikgesetz (sogenannte Leg Faberlein) durch Volksabstimmung bereiteln. In Ungarn, Rumänien, in Jugoslawien wurde das gewerkschaftliche Leben und somit der soziale Kampf durch brutale Gesetze und Verordnungen geknebelt. Aber auch in andern Ländern war die Arbeiterschaft gezwungen, für ihre elementaren Rechte zu kämpfen. Die Versammlungen der gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und sozialistischen Organisationen seitens der Faschisten in Italien, Zerschmetterung der Arbeiterkammer, Vergewaltigung von leitenden Personen mit passiver Duldung der Staatsgewalt bereits vor der Machtergreifung durch die Faschisten stehen noch in lebhafter Erinnerung. Wir müssen damit rechnen, daß die besten Kräfte der Arbeiterschaft auch im nächsten Jahre durch diese Hemmungen gebunden und durch den Kampf um Beseitigung der politischen Hindernisse des sozialen Kampfes in Anspruch genommen sein werden. Das mächtige Erstarren der Unternehmerorganisationen in diesem Jahre, das ein wesentliches Merkmal für die soziale Bewegung im Jahre 1922 bildet, hat überall die Reaktion gefördert. Diese Organisationen haben überall, in der letzten Zeit selbst in England, ganz besonders aber in Frankreich und Italien (wo sie die faschistischen Organisationen mit Geld unterstützten), eine scharfmacherische Politik eingeleitet und sind zur Offensive gegen die Arbeiter übergegangen.

Die Wirtschaftskrise war die andere große Tatsache, die den sozialen Kampf dieses Jahres beeinträchtigte. In den Ländern, wo diese herrschte, mußte sich der soziale Kampf mit ihren zerstörenden Wirkungen auseinandersetzen. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für die Erhaltung des Reallohnes, der durch übermäßige Lohnherabsetzungen gefährdet war, nahm die Arbeiterschaft, ganz besonders die Gewerkschaften, in Anspruch. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen in ganz Europa am Ende des Jahres 1922 etwas abnahm, so blieb sie doch fürchterlich groß. In einigen Ländern, wie der Tschechoslowakei und Oesterreich, hat sie gerade in der letzten Periode gewaltig zugenommen. Arbeitslosenversicherung, Unterstützung der Arbeitslosen durch den Staat und die Gewerkschaften, Notstandarbeiten und eine Anzahl anderer Probleme erwachsen daraus. Wir möchten hier nur auf die besonders in England aktuell gewordene Frage, daß die Kosten der Arbeitslosigkeit von den einzelnen Industrien getragen werden sollen, hinweisen. — Wegen der Lohnherabsetzungen entbrannten überall Kämpfe; neben direkter Lohnherabsetzung waren Kündigung der Tarifverträge, Einführung von Akkordarbeit und Bestrebungen zur Verlängerung der Arbeitszeit ohne Gegenleistung die Methoden der Unternehmer zur Senkung des Reallohnes. Der Leidens, die Wirtschaftskrise auf dem Rücken der Arbeiterschaft auszutragen und im Interesse der Verbilligung der Produktion — hat auf die Profite zu verzichten — die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zu senken (was übrigens durch die Schwächung der Kaufkraft nur zur Verschärfung der Krise führt), mußte eine geschlossene Aktion der Gewerkschaften entgegenstehen. In manchen Ländern, so in Holland, der Tschechoslowakei, der Schweiz, gelang es auch, die Real-Löhne vorläufig auf dem Vorkriegsstand zu halten, in andern Ländern, so besonders in der englischen Berg-Industrie, sank der Reallohn unter den Vorkriegsstand. Freilich war der Rückgang des Reallohnes in den Ländern mit entwerteter Valuta trotz wirtschaftlicher Konjunktur unergleichlich größer als in den Krisenländern, worauf wir noch zu sprechen kommen.

Der Kampf um die Arbeitszeit war das dritte Moment, welches die verfloßene Periode kennzeichnete. Die Weltreaktion konnte sich in diesem Punkt am besten auswirken. Der Beschluß der Washingtoner Konferenz bezüglich der Einführung des Achtstundentages wurde in den Ländern, wo ein entsprechendes Gesetz noch nicht bestand, sabotiert, in andern, wo er gesetzlich bereits eingeführt ist, trachteten Staat und Unternehmertum, das Gesetz aufzuheben oder zu umgehen. In der letzten Zeit beginnt eine neue Offensive für die Verlängerung des Arbeitstages in England und Belgien. In Frankreich hat man die Arbeitszeit der Eisenbahner und Seeleute gesetzlich verlängert. In Dänemark haben die Unternehmer vor kurzem das Abkommen über den Achtstundentag gekündigt. In der Schweiz trachtet man ebenfalls danach, durch neue Gesetze die Arbeitszeit zu verlängern. Der Kampf für den Achtstundentag ist überall noch in vollem Gange. Es handelt sich darum, ob eine große Errungenschaft der Nachkriegszeit verloren gehen soll.

Im Verlauf der Streiks im Jahre 1922, ganz besonders aber im Ausbleiben von größeren Streiks, haben sich die erwähnten Tatsachen widerspiegelt. In der Periode der Krise, wo die Mitgliederzahl der Gewerkschaften infolge der Arbeitslosigkeit zurückging und ihre Einnahmen sanken, ist die Führung von organisierten Streiks sehr erschwert. In den Ländern mit zerrütteter Valuta war es

die Inflation, die die finanzielle Tragfähigkeit der Gewerkschaften im Mitleidenstand zog. Ihr Vermögen schrumpfte zusammen, ja ist durch die Geldentwertung dahingeshwunden, und auch die Mitgliederbeiträge für die laufenden Ausgaben können nicht mit der Feuerung Schritt halten. Bei Massenstreiks sind aber diese Tatsachen ausschlaggebend. So trachteten auch die Unternehmerverbände, öfter Streiks herbeizuführen beziehungsweise die einmal entsefferten künstlich zu verlängern, damit die Gewerkschaftskassen erschöpft und die Macht der Gewerkschaften geschwächt werden sollte. Lehrreich war diesbezüglich der Streik in der englischen Maschinenbauindustrie. Im Hinblick auf diese Umstände suchten die Gewerkschaftsbünde und Landeszentralen die Streiks sowohl für öffentliche Betriebe als auch im allgemeinen zu regeln, um unüberlegte Streiks zu verhindern; derartige Aktionen sind überall noch im Gange.

In den Ländern mit zerrütteter Valuta, Deutschland, Oesterreich usw., waren die gewerkschaftlichen Kräfte durch unaufhörliche Lohnverhandlungen, welche eine Anpassung der Löhne an die Lebensverhältnisse bezweckten, gebunden. Monatlich, ja wöchentlich, mußten die Löhne neu geregelt werden. Die Einführung der gleitenden Lohnskala konnte dem nicht abhelfen, auch konnte die Entlohnung durch dieses System nicht glatt vor sich gehen. Es wurde ganz besonders in Oesterreich in vielen Punkten durchbrochen.

Für den Kampf um industrielle Demokratie und Selbstverwaltung war die Krisenperiode im Jahre 1922 nicht günstig. Die Forderung nach wirksamer Arbeiterkontrolle durch die Betriebsräte, die mit entsprechenden Befugnissen ausgestattet sind, und andere Einrichtungen blieb weiterhin lebendig — der holländische Gewerkschaftsbund war der letzte, der eine Aktion hierfür eingeleitet hat —; praktisch waren jedoch in diesem Jahre wenig Fortschritte zu verzeichnen. Im Gegenteil, die Unternehmer trachteten, das vorhandene Maß von Arbeiterkontrolle möglichst zurückzubilden. In Italien hat man sie, obwohl bereits ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wurde, fallen lassen. Der große Streik in der englischen Maschinenbauindustrie hatte den hauptsächlichsten Zweck, die Rechte der Betriebsausschüsse aufzuheben. Der Gildensozialismus machte im vergangenen Jahre Fortschritte, die Entwicklung der englischen Bau-Gilden und die Entstehung einer Anzahl neuer Gilden, die deutschen Bau-genossenschaften, die österreichischen gemeinwirtschaftlichen Anstalten und Gilden legen Zeugnis dafür ab. Der soziale Kampf hat sich noch auf vielen andern Gebieten betätigt.

Für eine fortwährend im Fluß befindliche Bewegung, wie sie der soziale Kampf darstellt, ist es kaum zulässig, die Bilanz eines einzigen Jahres feststellen zu wollen. Aus der sozialen Geschichte dieses Jahres geht nur hervor, daß die organisierte Arbeiterschaft schwere Kämpfe führen mußte, um ihre Positionen zu halten, und es werden die nächsten Zeiten voraussichtlich ebenfalls diesen Abwehrkämpfen gewidmet sein müssen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Unterstützung bei Arbeitskämpfen.

Während die allgemeinen Streikunterstützungssätze mit den Löhnen und Beiträgen höher werden, ist die Unterstützung für schulpflichtige Kinder der Streikenden nach unsern Satzungen auf 8 M pro Tag bemessen. Dieser Satz entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen. Der Zentralvorstand hat im Einverständnis mit dem Verbandsauschuß beschlossen, daß die Unterstützung für schulpflichtige Kinder (§ 10 Absatz 6 der Satzungen) in Zukunft betragen soll:

bis zur 48. Beitragsklasse	40 M pro Tag
49. bis 60.	50 „ „
61. „ 72.	60 „ „
73. „ 84.	80 „ „
85. „ 96.	100 „ „

Neue Beitragsklassen.

Die neu eingerichteten Beitragsklassen, und zwar von 86 bis 108, werden in der nächsten Nummer des „Zimmerer“ veröffentlicht. Die Klassen von 86 bis 98 sind jeweils um 20 M, die Klassen von 97 bis 108 um 40 M gestaffelt. Die ersten 12 Klassen gelten für die Stundenlöhne von 262 bis 801 M, die letzteren 12 Klassen für die Stundenlöhne von 802 bis 1280 M. Die Karten der genannten Klassen sind sofort zu beziehen.

Bezugspreis für den „Jung-Zimmermann“.

Bisher haben außer den Lehrlingen auf Wunsch auch andere Mitglieder, den „Jung-Zimmermann“ durch ihre Zahlstelle kostenlos erhalten. Die Zahl dieser Bezieger nimmt fortgesetzt zu; infolge der enormen Steigerung der Verstellungskosten kann deshalb die kostenlose Abgabe fortan nur an die Lehrlinge erfolgen. Alle andern Mitglieder müssen den „Jung-Zimmermann“ bezahlen. Für Februar und März beträgt der Preis für das Einzel Exemplar 85 M. Am 1. April wird der Bezugspreis neu festgesetzt. Der Betrag für diejenigen Exemplare, die nicht für Lehrlinge bestimmt sind, ist durch die Zahlstelle einzuziehen und am Quartalschluß mit der Hauptkasse zu verrechnen. Die Zahlstellen erhalten außer einem Exemplar, das für sie selbst bestimmt ist, nur soviel Exemplare kostenlos zugelandt, wie sie nach der Zahl ihrer Lehrlinge benötigen. Als Grundlage für die Berechnung dienen die Angaben auf den monatlichen Feststellungskarten und die in den Zahlstellen umgesetzten Bezahlungsarten. Der Zentralvorstand.

Nasere Lohnbewegungen.

Gestreift wird in Bielefeld. Gesperrt ist in Ballenstedt das Geschäft von Banse.

Zentrale Verhandlungen zur Regelung der Ferien für Lehrlinge. Die Frage, ob aus Grund des Reichstarifvertrages auch Lehrlinge Ferien beanspruchen dürfen, ist in der Januar Sitzung des Haupttarifamtes für das Baugewerbe Gegenstand lebhaften Meinungsstreites gewesen. Das Haupttarifamt hat, da es wegen der sich jahresgegenüberstehenden Auffassungen der Parteivertreter eine Entscheidung nicht fällen konnte, den Parteien aufgegeben, gemeinsam festzustellen, ob ungedacht der Differenzen in dieser Frage der Reichstarifvertrag als zustande gekommen anzusehen sei oder nicht. — Nunmehr haben die am Reichstarifvertrag beteiligten Arbeitgeberverbände die Arbeiterverbände auf den 22. Februar zu zentralen Verhandlungen nach Berlin eingeladen. Als Tagesordnung sind folgende Punkte vorgesehen: 1. Festlegung der Geschäftsordnung für das Haupttarifamt. 2. Benennung des vierten unparteiischen Vorsitzenden für das Haupttarifamt. 3. Regelung der Ferienfrage für Lehrlinge. Da die Einladung zu den Verhandlungen durch die Arbeitgeberverbände erfolgt, die auch die Tagesordnung vorgeschlagen haben, darf angenommen werden, daß auf Arbeitgeberseite der Wille zu einer Verständigung über die Beurlaubungsfrage vorhanden ist, das heißt, die Arbeitgeber berät sich die Auffassung der Arbeiter zu eigen zu machen. Damit wäre ein sehr bedeutsamer Differenzpunkt zwischen den Parteien behoben.

Lohnforderungen und Tenuierung. Die in den letzten Wochen über alles Erwarten hinausgehende Tenuierung — die „Frankfurter Zeitung“ weist vom Anfang Januar auf Anfang Februar eine Steigerung der Großhandelsunbeziffer nach von 205 471 auf 715 881 — zwingt unsere Kameraden zu entsprechenden Lohnforderungen. Leider stoßen sie bei den Unternehmern auf schärfsten Widerstand. Es erscheint deshalb angebracht, erneut auf den in Nummer 5 des „Zimmerer“ mitgeteilten Aufruf der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen hinzuweisen, worin gesagt wird, daß Verhandlungen über entsprechende Festsetzung der Löhne und Gehälter von der Arbeiterschaft mit dem Willen zum Entgegenkommen bis zur äußersten Grenze des Möglichen geführt werden sollen. Bisher ist danach, von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen, nicht verfahren, oder es sind völlig unzulängliche Zugeständnisse gemacht worden. Wohl sind die Arbeiter bereit, die sich aus der Gesamtlage Deutschlands und seiner Wirtschaft ergebenden Schwierigkeiten zu berücksichtigen; aber sie wollen leben, deshalb fordern sie höhere Löhne; denn ihr Lohn Einkommen stellt ihre einzige Einkommenquelle dar.

Glasstreik und Lohnregelung in Danzig. Den im „Zimmerer“ Nummer 4 abgedruckten Schiedspruch hatten die Unternehmer abgelehnt. Durch einige Platzsperrungen wurden sie erneut an den Verhandlungstisch gezwungen. Es wurde festgelegt, daß der Stundenlohn vom 18. Januar an auf 720 M und vom 25. bis 31. Januar auf 1220 M erhöht wird.

Beendigt Streik in Wetzlar. Am 27. Januar wurde der Streik erfolgreich beendet und der Lohn von 120 auf 420 M die Stunde erhöht. Die Arbeit wurde am 29. Januar wieder aufgenommen.

Streik und Vereinbarungen im Saargebiet. Seit dem 15. Dezember 1922 haben es — so wird uns berichtet — die Unternehmer verstanden, die Verhandlungen zu verschleppen. Dreimal wurden wir eingeladen, doch zu keiner Verhandlung erschienen die Unternehmer. Erst als wir energische Maßnahmen androhten und die Holzarbeiter ihre Kündigung eingereicht hatten, kam es am 25. Januar zu Verhandlungen. Aber auch diese scheiterten. Das Angebot der Unternehmer von 1880 M für Februar mußte abgelehnt werden. Am 29. Januar ruhte in Saarbrücken, Louviers, Hülchingen und Dudweiler die Arbeit. Am 4 Uhr nachmittags kam folgendes Angebot der Unternehmer heraus: Vom 18. bis 31. Januar 1200 M die Stunde. Der Lohn muß nachgezahlt werden. Vom 1. bis 15. Februar beträgt der Stundenlohn 1000 M und 80 Zentesimes. Dieses Angebot wurde angenommen, nachdem die Unternehmer erklärt hatten, noch vor dem 15. Februar erneut zu verhandeln. Der vereinbarte Lohn gilt für das ganze Saargebiet.

Lohnregelung für Rheinland-Westfalen. In einer Verhandlung am 30. Januar wurde eine Verständigung dahin erzielt, daß vom 25. Januar an eine Lohnzulage von 25 bis 30 % und vom 1. Februar an von 60 bis 65 % auf die am 18. Januar geltenden Lohnsätze zu zahlen ist. Der Höchstlohn würde somit am 1. Februar 937 M die Stunde betragen.

Vereinbarung für Hessen und Hessen-Nassau. In Verhandlungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe am 1. Februar wurde nach längeren Beratungen nachstehende Vereinbarung getroffen: Die Löhne für Facharbeiter in der ersten Lohngruppe betragen vom 1. bis 7. Februar 1150 M, vom 8. bis 14. Februar 1300 M und vom 15. bis 28. Februar 1500 M. Ueber eine anderweitige Regelung der Löhne in der nördlichen Provinz, einschließlich der Linie Gießen-Fulda, wird am 12. Februar in Gießen erneut verhandelt. Die Vereinbarung ist endgültig.

Lohnregelung für die Provinz Brandenburg. Durch bezügliche Verhandlungen ist der Stundenlohn in den verschiedenen Lohnklassen für die Zeit vom 1. bis 15. Februar auf 875, 925, 975, 1025 und 1075 M festgesetzt worden.

Lohnregelung für Berlin. Für die Zeit vom 1. bis 14. Februar wurde ein Stundenlohn von 850 M vereinbart. Für Werkzeugenschädigung werden 10 M die Stunde bezahlt.

* Vereinfachte Artikel in Nr. 4 des „Zimmerer“.

Lohnregelung für die Provinz Sachsen und Anhalt. Nach dem Ergebnis neuer bezirklicher Verhandlungen beträgt der Stundenlohn in der zweiten Februarhälfte in den 4 Lohnklassen 960, 941, 902,50 und 864 M.

Lohnregelung für die Provinz Hannover. Für die Zeit vom 1. bis 14. Februar ist ein Spitzenlohn von 850 M und vom 15. bis 28. Februar von 960 M festgelegt worden.

Vereinbarung in Pommern. Für das Baugewerbe in Pommern sind am 31. Januar in Stettin folgende Löhne und Zulagen vereinbart worden; sie gelten für die Zeit vom 3. bis 18. Februar. Für Stettin: 780 M, für die 1. Lohngruppe 690, 2. Lohngruppe 610, 3. Lohngruppe 570 M. Dazu kommen in allen Klassen 6 M Gehaltsgeld die Stunde.

Berichte aus den Zahlstellen.

Nachen. (Jahresbericht.) Vergangenes Jahr fanden 12 Monats-, 2 außerordentliche, 4 Delegierten- und 4 Platzversammlungen statt. Alle liegen an Besuch viel zu wünschen übrig. Das ist ein schlagender Beweis dafür, daß viele Kameraden dem Ernst der Zeit noch immer nicht das richtige Verständnis entgegenbringen. Lohnverhandlungen fanden 13 statt. Der Stundenlohn stieg von 14 M im Januar auf 341 M im Dezember. Diese enorme Steigerung ist der rapiden Geldentwertung zuzuschreiben. Doch ist mit diesen Lohnaufbesserungen den Kameraden noch lange nicht geholfen, da der erreichte Lohn der Teuerung in keiner Weise entspricht. Im Oktober waren wir gezwungen, in den Streik zu treten, da die Unternehmer die Verschmelzung der beiden Lohnämter Köln und Essen forderten. Da aber die Mehrzahl der Kameraden nach dreitägigem Kampfe sich mit der Zusammenlegung einverstanden erklärte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Ferienfrage wurde durch den Streik nicht berührt. Unsere Zahlstelle hatte im vergangenen Jahre auch den Vorzug, einen Kameraden zum Verbandstage zu entsenden. Da von sämtlichen ermittelten Polizisten die Hälfte unserm Verbands angehört, ist die Zahlstelle dazu übergegangen, eine Peliersektion zu gründen. Gezwungen durch die stetige Geldentwertung, mußten wir den Wochenbeitrag im letzten Jahre achtmal erhöhen. Zu Beginn des Jahres hatten wir einen Mitgliederbestand von 113 und einen Lokalkassenbestand von 5479,87 M. Am Schlusse des Jahres hat sich die Zahl der Mitglieder auf 228 und der Lokalkassenbestand auf 73420,31 M erhöht. Im vergangenen Jahre verloren wir leider 3 Kameraden durch Verunsfall. Im neuen Jahre bitten wir alle Kameraden, mit größtem Eifer an dem Ausbau der Zahlstelle und an der Verbesserung unserer Lage mitzuwirken; denn nur durch Einigkeit gelangen wir zum Siege.

Breslau. In der Mitgliederversammlung am 9. Januar berichtete Kamerad Goldschmidt von den Lohnverhandlungen für Januar. Trotz fortschreitender Teuerung zeigten die Unternehmer kein Entgegenkommen. Da eine Einigung nicht zustande kam, soll das Bezirkslohnamt entscheiden. Der stellvertretende Vorsitzende erklärte: Wenn er an Stelle des Vorsitzenden stände, hätte er keine Einladungen an die Arbeitervertreter ergehen lassen und überhaupt nicht verhandelt. Dem Herrn wurde in der Verhandlung sofort die gebührende Antwort gegeben. In der Aussprache wurde das Verhalten der Unternehmer aufs schärfste kritisiert und der Vorschlag des Kameraden Goldschmidt über die weitere Regelung der Angelegenheit angenommen. Hierauf folgten die Vorstandswahlen. Kamerad Goldschmidt wurde auf ein weiteres Jahr einstimmig bestätigt. Außer dem zweiten Vorsitzenden wurden sämtliche Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Sodann fanden die Wahlen zum Ortsausschuß und zur Bauarbeiterkommission statt. Einige geschäftliche Angelegenheiten fanden gleichfalls noch ihre Erledigung.

In der Delegiertenversammlung am 12. Januar gab Kamerad Goldschmidt das Resultat der Bezirkslohnamtssitzung bekannt. Auch dort glaubten die Unternehmer ihre Verschleppungspolitik weiterführen zu können. Sie sträubten sich mit Händen und Füßen gegen die Nachzahlung. Der Vorsitzende des Bezirkslohnamtes habe jedoch selbst erklärt, daß die Bauarbeiter in letzter Zeit hinter andern Berufen zurückgeblieben seien. Die Delegierten erklärten sich mit dem Ergebnis einverstanden, inwieweit es der Teuerung noch lange nicht entspricht.

Elbing. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung am 10. Januar nahm Stellung zu dem Ergebnis der Lohnverhandlungen in Königsberg. Die Kameraden Ehlers und Finzel gaben eingehend Bericht. Die Verhandlungen gestalteten sich immer schwieriger; sie scheiterten durch das Verhalten der Unternehmer, so daß das Bezirkslohnamt entscheiden mußte. Der Schiedspruch wurde von der stark besuchten Versammlung scharf kritisiert, da er der Teuerung viel weiter nicht entspricht. Nach heftiger Diskussion wurde er jedoch gegen 11 Stimmen angenommen. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Dann erfolgten die Vorstandswahlen. In Verbindung damit wurden die Entschädigungen für die Funktionäre geregelt. In Verchiedenes wurden die wichtigsten lokalen Einrichtungen unserer Zahlstelle durchberaten. Vom Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht eines jeden Zimmerers sei, die Versammlungen zu besuchen und die Säumigen aufzurütteln.

Jahresbericht. Das vergangene Jahr war ein Jahr mühevoller Arbeit. Am 31. März erreichte der Reichstarifvertrag sein Ende. Trotzdem der Hauptvorstand bemüht war, bereits im Januar ein neues Reichstarifmuster zu vereinbaren, so scheiterte doch dieses Bemühen an der ablehnenden Haltung der Unternehmer. Die Verhandlungen wurden von Monat zu Monat verschoben, und unsere Unternehmer mußten diese Zeit zu ihren Gunsten aus. Am 1. August wurde endlich den Unternehmern die Pistole auf die Brust gesetzt und energisch der Tarifabschluß gefordert. Infolge des Verhaltens der Unternehmer griffen die Zimmerer in der Provinz zur Selbsthilfe und traten am 27. August in Teilstreik. Die Antwort der Unternehmer war die allgemeine Aussperrung. Nur die Hälfte der Unternehmer folgte diesem Rufe. Dies war die Veranlassung, daß die

Unternehmer den Regierungspräsidenten anriefen und sofortige Verhandlungen forderten. Nach sechstägigen Verhandlungen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für die ganze Provinz Gültigkeit hat. Wenn auch nicht alles darin enthalten ist, was wir forderten, so ist doch verschiedenes festgelegt, was in dem alten Verträge fehlte. Es ist die Lehrlings- und Ferienfrage geregelt. Wir haben weiter ein einheitliches Lohngebiet für die ganze Provinz außer Königsberg. Das sind Vorteile für unsere Organisation, die schwer wiegen. Die Arbeit wurde nach einem fünfzehntägigen Kampfe wieder aufgenommen. Die Löhne werden alle Monat festgesetzt und am 15. jedes Monats findet ein Ausgleich statt. Die Elbinger Unternehmer haben sich bis jetzt den bezirklichen Verhandlungen gefügt. Nur die Lehrlingsregelung wollen sie nicht anerkennen. Einzelne Unternehmer haben ihre Lehrlinge entlassen und wollen sie erst wieder einstellen, wenn die Bauätigkeit flotter einsetzt. Im vergangenen Jahre fanden 11 regelmäßige Mitgliederversammlungen und 11 außerordentliche statt. Ferner haben 7 Vorstandssitzungen stattgefunden und 10 Lehrlingsversammlungen. An den Monatsversammlungen haben im Durchschnitt 80 bis 90 Kameraden teilgenommen. Festgestellt wurde, daß 50 bis 60 Versammlungsteilnehmer immer die gleichen sind, während die übrigen Mitglieder nur vereinzelt teilnehmen. Im Bezirk Augustwalde haben 12 Monatsversammlungen stattgefunden. Dort war der Versammlungsbesuch regelmäßiger. Die Lehrlingsversammlungen haben unter Aufsicht des Jugendleiters getagt. Sterbefälle sind im vergangenen Jahre 5 zu verzeichnen, während die Mitgliederzahl sich um 30 vermehrt hat. Unser Stundenlohn betrug am Jahresanfang 9,52 M, am Jahreschluß 301 M. Das ist mehr als das Dreifache. Es war keine leichte Aufgabe, diese Erhöhungen durchzusetzen. Wäre der Stundenlohn entsprechend der Teuerung gestiegen, müßte er bedeutend höher sein. Wir sind trotz regier Tätigkeit wirtschaftlich zurückgekommen und es wird angestrengter Arbeit bedürfen, um diesen Abstand nicht noch zu vergrößern. Darum ist es unsere Pflicht und Schuldigkeit, auch im neuen Jahre Schulter an Schulter zu stehen, um das durchzusetzen, was im vergangenen Jahre nicht gelang.

Saathen. Am 7. Januar fand im Restaurant Balz unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende, Kamerad Horn, erstattete den Jahresbericht. Daraus war zu entnehmen, daß das Jahr 1922 ein arbeitsreiches war. Es habe sich gezeigt, daß, wenn die Kameraden die nötige Einigkeit bewahren, sie etwas erreichen können; denn es sei möglich gewesen, ohne Kampf aus der dritten Lohnklasse in die Lohnklasse Ia zu kommen. Auch die Ferienfrage sei nach dreitägigem Kampfe örtlich geregelt worden, zwar nicht nach Wunsch, aber doch besser als im Reichstarifvertrag. Es erhielten Kameraden, die 20 Wochen im Geschäft arbeiteten, 2 Tage, 30 Wochen 3 Tage und 40 Wochen 4 Tage Ferien. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht. Er wies einen Bestand von 13 773,96 M nach. Die Zahl der Mitglieder ist 67, davon sind 12 Lehrlinge. Der Kassierer hob hervor, daß infolge der Geldentwertung die Kassenverhältnisse im neuen Jahre bedeutend aufgeheitert werden müßten. Hierauf erfolgten die Neuwahlen. Kamerad Jädel berichtete noch über die Stilllegung des Neubaus der Wollhaarlammerei. Die Firma schade Geldmangel vor. In einer späteren Versammlung, an der der Gauleiter teilnehmen soll, soll versucht werden, den Entlassenen zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Kallberge. Am 7. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Sie nahm Stellung zur Vorstandswahl. Der Vorsitzende schlug vor, die Wahl infolge des schwachen Besuches zu vertagen. Nach kurzer Aussprache kam die Versammlung überein, daß es am besten sei, wenn der bisherige Vorstand weiter fungiere. Dies wurde einstimmig beschlossen. Der Vorsitzende wies noch auf die Klappen für den „Jung-Zimmermann“ hin.

Landes I. Echl. Zu unserer Hauptversammlung im Hotel „Goldenes Kreuz“ am 8. Januar war unser Gauleiter, Kamerad Schmidt, erschienen. Er sprach über die Notwendigkeit des Bau- und Platzdelegiertenwesens und bedauerte, daß es bisher in unserer Zahlstelle noch nicht eingeführt sei. Im weiteren wies er auf die dem Achtstundentag drohende Gefahr hin. Hierauf mußte die Arbeiterschaft ihre volle Aufmerksamkeit wenden. Es folgte die Neuwahl des Vorstandes. Er wurde einstimmig wiedergewählt. Anschließend wurden die Entschädigungen geregelt. Ferner wurde beschlossen, daß die Mitgliederbücher zur Abitempelung in die Versammlungen mitzubringen sind, außerdem, daß für ausgesteuerte und noch nicht bezugsberechtigte Mitglieder die Erwerblosenmarke aus der Lokalkasse gewährt wird.

Saalfelden. Am 13. Januar tagte unsere Generalversammlung. Die Kameraden waren, soweit sie am Orte beschäftigt sind, zahlreich erschienen. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht und der Vorsitzende den Bericht von den letzten Lohnverhandlungen. Ihr Ergebnis befriedigte die Versammlung nicht. Der Vorsitzende wies auf die Schwierigkeiten hin, in den jetzigen Zeiten durch Lohnverhandlungen günstige Resultate zu erlangen. Hierauf wurde dem Ergebnis zugestimmt. Sodann wurde beschlossen, eine Sterbeunterstützung einzuführen. Wenn ein Kamerad stirbt, sollen zwei Stundenlöhne, falls die Frau oder ein Kind eines Mitgliedes stirbt, ein Stundenlohn von den Mitgliedern durch die Zahlstelle erhoben und an die Hinterbliebenen abgeführt werden. Hierauf wurde der alte Vorstand bis auf den Kartelldelegierten wiedergewählt.

Uckermark. Unsere außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus am 6. Januar war von 23 Mitgliedern besucht. Zunächst erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Dann wurde zu dem Schiedspruch in Stettin Stellung genommen. Da die Unternehmer den Lohn nicht zahlten, wurde eine Kommission gewählt, die sofort vorstellig wurde. Die Unternehmer erklärten, daß sie noch keine Anweisung hätten, sie würden aber nachzahlen. Eingehend wurde hierauf die Ferienangelegenheit erörtert, da es sich herausgestellt hatte, daß ein Unternehmer an Stelle der Ferien das Geld dafür auszahlte. Von der Versammlung wurde eine solche Handlungsweise lebhaft bedauert, da hierdurch die Ferienerrungenschaft den Kameraden verlustig gehe.

Baugewerbliges.

Den Abbau der Holzpreise bezweckt ein von F. Tarnow, dem Vorsitzenden des Deutschen Holzarbeiterverbandes, verfaßter Gesetzentwurf über eine Holzabgabe zur Förderung der Einfuhr. Der Entwurf belegt den Waldbesitzer mit einer Steuer von 40 % des Verkaufspreises für das abgesetzte Rundholz. Diese Steuer soll in entsprechendem Maße auch von den Waldbesitzern erhoben werden, die gar nicht oder nicht in normaler Weise einschlagen. Das gesamte Aufkommen dieser Steuer soll zur Förderung und Verbilligung der Holzeinfuhr verwendet werden. Ein entsprechender Antrag, vom Kollegen Tarnow gestellt, ist inzwischen im Unterausschuß für Holz- und Forstwirtschaft des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates angenommen worden. Darüber sind die Holzhändler und Waldbesitzer nicht wenig überrascht, wie die Auslassungen ihrer Presse verrieten. Zutreffend bemerkt die „Holzarbeiterzeitung“: „Das Geschrei, das nunmehr wohl bald in der Presse der Waldbesitzer und Holzhändler erhoben werden wird, wird hoffentlich auch das große Publikum aufmerksam machen und ihm zeigen, wo die Nutznießer des Holzwuchers sitzen.“

Gewerkschaftliche Rundschau.

An das Gerechtigkeitsgefühl des amerikanischen Volkes appellieren alle deutschen Gewerkschaften in einer Rundgebung vom 1. Februar dieses Jahres. Darin wird eindringlich auf die Folgen des französisch-belgischen Einmarsches in das Ruhrgebiet aufmerksam gemacht. Deutschland hat 1918 — so heißt es am Schlusse der Rundgebung — auf Grund der von Amerika aufgestellten Bedingungen die Waffen gestreckt. Diese Tatsache gibt der deutschen Arbeiterschaft das Recht, nachdem die Entwicklung der Verhältnisse auf die Spitze getrieben ist, dem amerikanischen Volke zuzurufen, daß sich die deutsche Bevölkerung in einem unbeschreiblichen Elend befindet, dem ganz Europa zusteuern muß, wenn nicht Einhalt geboten wird. Auch Amerika trägt Verantwortung für die Zustände, unter denen heute die Arbeiter Deutschlands, und nicht nur Deutschlands, bitter leiden müssen. Daher tun die deutschen Gewerkschaften nur ihre Pflicht, wenn sie jetzt an das amerikanische Volk den Appell richten, die deutsche Arbeiterklasse — denn um deren Leid handelt es sich bei allem, was geschah und was noch geschehen mag — nicht im Stich zu lassen. Die Gewerkschaften hoffen, daß das Gerechtigkeitsgefühl des amerikanischen Volkes dem Appell der deutschen Arbeiter den Nachdruck verleihen wird, der notwendig ist, um endlich der Verunst zum Siege in der Welt zu verhelfen.

Zum Ansturm der Unternehmer auf den Achtstundentag. Der einseitige Protest der gesamten Arbeiterschaft gegen die im Reichswirtschaftsrat erfolgreich verfolgten Bestrebungen der Unternehmer auf eine Verlängerung der Arbeitszeit für zahlreiche Arbeitergruppen hat anscheinend doch stutzig gemacht. Die Beratungen des Reichswirtschaftsrates über das Arbeitszeitgesetz, die man nach den Berichten in der Presse für erledigt halten konnte, sollen nach einem Antrag von Arbeitgeberseite erneut aufgenommen werden, und zwar soll sich zunächst der Sozialpolitische Ausschuß noch einmal daran versuchen, dessen Arbeit an dem Entwurf im Plenum des Reichswirtschaftsrates so wenig Anerkennung gefunden hat. Sollten die Arbeitgebervertreter im Reichswirtschaftsrat inzwischen die Zeichen der Zeit verstehen gelernt haben?

Der neue Buchdruckertarif, der Gültigkeit hat vom 1. Januar bis 31. Dezember 1923, ist vom Buchdruckerverband durch Urabstimmung anerkannt worden. 33 071 Mitglieder stimmten für, 23 060 gegen den Tarif. An der Abstimmung haben sich insgesamt 73,7 % der Mitglieder beteiligt. Der Tarif ist ein Manteltarif mit einem besonderen Lohnstarif, der während seiner Dauer Lohnneuregelungen gestattet.

Die neuen Unterstützungssätze für Erwerblosse betragen vom 29. Januar an für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, in den Klassen A, B, C und D/E täglich 720, 650, 580 und 510 M; sofern sie im Haushalt eines andern leben 500, 450, 400 und 350 M; unter 21 Jahren 250, 230, 200 und 170 M. Für weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben, 550, 500, 450 und 400 M, über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben, 330, 300, 270 und 240; unter 21 Jahren 200, 180, 160 und 140 M. Die Familienszuschläge betragen für den Ehegatten 330, 300, 270 und 240 M, für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 250, 230, 200 und 170 M. Auch diese neuen Sätze sind gänzlich unzulänglich und ihre schleunige Erhöhung ist dringend notwendig.

Für die Unterbringung der Kurzarbeiter gelten noch die bisherigen Bestimmungen; sie erhalten die Differenz zwischen der Hälfte ihres Lohnes und der Summe der Unterstützung, die sie erhalten würden, wenn sie völlig erwerblos wären. Auch die Unterstützung für Kurzarbeiter muß günstiger gestaltet werden.

Berufsverband oder Industrieverband? Gegen einen unter dieser Stichmarke von uns in Nr. 49 des „Zimmerer“, Jahrgang 1922, im Auszuge wiedergegebenen Artikel des „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker“ polemisiert eine Zeitschrift eines Leipziger Kameraden, um deren Abdruck wir „vom Gesichtspunkt der Demokratie unserer Organisation“ aus ersucht werden. Wir kommen dem Ersuchen hiernüt nach. Die Zeitschrift besagt in ihren wesentlichsten Punkten:

Rein Befürworter des Industrieverbandes, der Augenblicksparolen ablehnt, wird für den Industrieverband eintreten, weil er etwa glaubt, dadurch bessere Lohnbedingungen erreichen zu können, sondern er tritt für den Industrieverband ein, wie auch in dem Artikel des „Korrespondent“ hervorgehoben wird, weil unser Kampf letzten Endes nicht um ein größeres Stück Brot geht, sondern weil er die Errichtung der sozialistischen Wirtschaftsordnung zum Ziele hat. Rein Befürworter des Industrieverbandes wird aber auch der Ansicht sein, daß mit diesem das „soziale Neuland

im Sturm zu erreichen sei". Jeder, der sich auf Grund seiner sozialistischen Schulung ein selbständiges Urteil über die Arbeiterbewegung und ihre Erfolgsmöglichkeiten bilden kann, weiß, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung nur in zähem, unermüdlichem Kampfe beseitigt werden kann; zu einem solchen schweren Kampfe muß aber auch die entsprechende Organisationsbasis vorhanden sein, wie ja die industrieweise Zusammenfassung der Betriebsräte zeigt und wie auch die Stellungnahme des Leipziger Gewerkschaftskongresses zu dieser Frage beweist. Wenn auch nicht bestritten werden soll, daß die Gewerkschaften ihre Existenz nicht dem Organisationsmangel einzelner Personen verdanken, so steht doch fest, daß die Schlagkraft einer Organisation stark von einem organisatorischen Talent beeinflusst werden kann. Allerdings muß, wie auch in dem "Korrespondent"-Artikel gesagt wird, für die Organisationsform eine "entwicklungsgezügliche Notwendigkeit" vorhanden sein. Wichtiger ist indes die Frage, ob die derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht die Umstellung der Gewerkschaften von der reinen Lohnkampfpolitik zum Kampf um die Errichtung der sozialistischen Produktionsordnung erfordert. Schon 1908 hat Kautsky in seinem "Weg zur Macht" an Hand von statistischem Material die fehlerhafte Taktik der Gewerkschaften nachgewiesen, indem er zeigte, daß trotz einer zahlenmäßigen Lohnsteigerung von 25 % innerhalb 17 Jahre der Reallohn doch nur um 2 % gestiegen war. Durch den Krieg und seine Folgen hat sich das Verhältnis noch sehr viel ungünstiger gehalten, ist das Los des Proletariats ein immer elenderes geworden. Deshalb ist es eine "entwicklungsgezügliche Notwendigkeit", daß sich die Gewerkschaften von der reinen Lohnkampfpolitik mehr auf das Endziel, den Kampf um den Sozialismus, einstellen; deshalb auch ist die Zusammenfassung der Industrieverbände notwendig. Zwar ist der Lohnkampf eine notwendige Gegenwartsaufgabe; er darf jedoch nicht wie jetzt als Lebensaufgabe der gewerkschaftlichen Organisation betrachtet, vor allen Dingen darf das Endziel nicht vernachlässigt werden. Wichtig ist, daß nicht die Beitragsmarke eines Industrieverbandes entscheidend ist für den Kampferfolg, sondern die geistige und sittliche Einstellung der Mitglieder auf jeden Egoismus erhabene Sozialisten. In der Verantwortung des Berufsverbandes stellt aber der Artikelschreiber den Egoismus in den Vordergrund, indem er die besseren Erfolgsmöglichkeiten des Berufsverbandes beim Lohnkampf besonders hervorhebt und das "soziale Real-land" in weite Ferne rückt. Ob es richtig ist, dem Entente-kapitalismus die Hauptschuld zu geben, daß der größte Teil unserer Revolutionserwartungen verlorengelangen ist, wage ich zu bezweifeln; die Hauptschuldigen daran sind meiner Auffassung nach in Deutschland zu suchen. Einverständnis bin ich mit dem Artikelschreiber darin, daß kein Druck oder Zwang zu den Industrieverbänden führen darf, vielmehr freie Entscheidung der Mitglieder der einzelnen zu vereinigenden Organisationen. Sie wird nicht dadurch erreicht, daß man den Befürwortern des Industrieverbandes unionistische oder sozialistische Ideen unterdrückt ("In jedem Unternehmen ein Verband"), sondern nur in offenem und ehelichem Kampfe der Geister. Die Argumentation des Artikelschreibers, der Gedanke der Vereinigung von Hand- und Kopfarbeitern sei durch die ablehnende Haltung der Angestelltenorganisationen erledigt, ist nicht durchschlagend. Ebenjotig könnte man argumentieren, die sozialistische Bewegung sei als erledigt anzusehen, weil die Mehrzahl der Intellektuellen, die sie durchaus benötigt, noch abseits steht. Die bewußt oder unbewußt noch Abseitsstehenden werden nicht gewonnen, indem man den Sozialismus in nebelhafte Ferne rückt, sondern indem man sie von der Notwendigkeit ihrer aktiven Anteilnahme an dem Kampfe für den Sozialismus überzeugt. W. A. Leipzig.

Soweit die Zuschrift. Ueber die gewerkschaftlichen Aufgaben bestehen zwischen dem Einsender und dem Schreiber des angezogenen Artikels große Meinungsverschiedenheiten anscheinend nicht. Die Differenz besteht zur Hauptsache in der Frage der Organisationsform. Beide stimmen darin überein, daß eine Aenderung der Organisationsform "entwicklungsgezügliche Notwendigkeiten" entscheiden, die der Einsender der Zuschrift schon jetzt für vorliegend hält, der Schreiber des Artikels nicht. Deshalb kann dieser auch nicht zu der Annahme gelangen, daß das letzte Stündlein der Berufsverbände schon in absehbarer Zeit schlagen wird. In der Zuschrift wird sehr stark betont der Kampf um das Endziel, den Sozialismus; zu dessen Führung hält ihr Einsender den Industrieverband schon heute für notwendig. Trotzdem bezeichnet er auch den Lohnkampf als eine notwendige Gegenwartsaufgabe. Im Grunde genommen sind demnach die Differenzen zwischen den beiderseitigen Auffassungen nicht so groß, als sie, oberflächlich gesehen, erscheinen, zumal auch beide Verfasser darin einer Meinung sind, daß kein Druck oder Zwang zu Industrieverbänden führen darf, sondern nur die freie Entscheidung der Mitglieder. Daß die Gewerkschaften bereit und willens sind, sich für die Erfüllung gewerkschaftlicher Aufgaben im weitesten Sinne einzusetzen, daß sie sowohl den Lohnkampf führen als auch für die Umstellung der kapitalistischen in eine Gemeinwirtschaft nach Kräften eintreten, beweist schlüssig ihre Tätigkeit in den letzten Jahren, an der die Berufsverbände wahrlich nicht geringeren Anteil haben, als die Industrieverbände. Kautsky hat übrigens weniger die gewerkschaftliche Taktik als ihre Methoden bemängelt, die er für unzureichend hielt. "Damit soll nicht gesagt sein — so schrieb er — daß die Gewerkschaften dadurch machtlos oder gar überflüssig werden. Sie bleiben die größten Massenorganisationen des Proletariats, ohne die es verlorren völliger Verelendung preisgegeben ist. Die Aenderung der Situation mindert nicht ihre Bedeutung, sondern wandelt nur ihre Kampfmethoden. Wo sie mit großen Unternehmerorganisationen zu tun bekommen, mögen sie diesen direkt wohl nichts anhaben können; aber ihre Kämpfe mit solchen Organisationen wachsen riesenhaft an, vermögen die ganze Gesellschaft, den ganzen Staat zu erschüttern, Regierungen und Parlamente zu beeinflussen, wo die Unternehmer alle Konzeptionen ablehnen." Seit dem Erscheinen Kautskys "Der Weg zur Macht" ist über ein Jahrzehnt ins Land gegangen; die Erfahrungen während dieses Zeitraums haben sich nicht

zuletzt auch die Gewerkschaften nutzbar zu machen verstanden. Mögen sich auch künstliche Berufsverbände und Industrieverbände nach Maßgabe ihrer Kraft einsetzen für die Verwirklichung proletarischer Ziele. Dazu gibt ihnen sowohl der Lohnkampf wie auch der früher hinausgehende Kampf um eine neue Wirtschaftsform ausreichende Gelegenheit. Der Streit um die Organisationsform, der noch nicht so bald entschieden sein wird, darf unter keinen Umständen zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Kräfte führen. Das sollten beide Teile, die Anhänger des Berufsverbandes, ganz besonders aber die Befürworter des Industrieverbandes streng beachten.

Bekanntmachungen

der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(Ersatz- und Zuschußkassen in Hamburg.)

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. St.
Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 7. bis 31. Januar 1923 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Aachen 12 000 M., Ahlen 1283, Altenvers 950, Altkiesgründe 20 957, Amberg 1168,55, Arnstadt 1500, Augsburg 20 000, Bahn 15 000, Barmen 1500, Bayen 8500, Berlin 1298, Bergedorf 1500, Berlin I 30 000, Berlin II 87 000, Berlin III 100 000, Berlin V 90 000, Berlin VII 90 000, Berlin VIII 50 000, Bielefeld 2000, Bitterfeld 1356,50, Breithardt 11 000, Bunzlau 1000, Burg 4500, Cassel 8000, Charlottenburg 77 000, Coblenz 30 000, Köln 7870, Conweiler 4000, Cöpenid 30 000, Cottbus 2449,75, Cuxhaven 3000, Dacha 2800, Dahlen 1511, Darmstadt 5401,25, Deuben 1500, Doberan 5000, Dödenhuden 1800, Düsseldorf 5000, Eilenburg 2000, Eisenberg 3000, Erfurt 10 000, Eschborn 2978, Fehrenheim 1276,55, Festsberg 3299,14, Frankfurt a. M. 20 000, Freiburg i. Bad. 9000, Freyhan 4000, Frieda 1300, Friedrichshagen 88 000, Fürstengrund 1503, Genshmar 6500, Götting 10 000, Grefenritte 4000, Groß-Gerau 3000, Groß-Lichterfelde 10 000, Groß-Seelheim 3000, Großschadowitz 1 000, Grünberg i. Schlei. 902,25, Gudensberg 2000, Güstrow 5000, Hagen i. Pom. 6000, Hagen i. Westf. 2000, Hamburg 1 2000, Hamburg II 3000, Hamburg V 14 000, Hann.-Linden 1056,48, Hann.-Münden 2141,50, Hausberge 12 000, Heldenbergen 6768,50, Hermannsburg 1500, Hermsdorf 15 000, Hintersiedorf 2500, Hohenmölsen 2490,75, Hornburg 249, Hundsfeld 2739,65, Jena 2000, Jierlohn 4753, Kahla 2787,40, Kaiserlautern 7200, Kamenz 4255, Kempen 1000, Königs-Wüsterhausen 600, Lahr 4000, Langendiebach 10 000, Ravensburg 10 000, Lauja 500, Lehnin 5500, Leipzig 20 000, Lichtenberg 11 5000, Lübeck 156, Mahlsdorf 14 200, Mainz 15 845,97, Malchin 732, Mariendorf 5000, Marne 2200, Memel 16 000, Merseburg 5000, Mörz 13 000, Mörfelden 1399, Mülheim a. Rh. 1500, München 40 000, Neuflosser 3000, Neufölln 90 000, Neumünster 2273, Nordenham 6000, Nowawes 40 000, Ober-Erlenbach 3000, Ober-Schöne-weide 5000, Ober-Schönmatteuweg 5000, Oschay 536, Osna-brück 2584,22, Pegau 1850, Peiserwitz 1000, Pforzheim 15 000, Pirnaisens 180,80, Pirna 1700, Polig 3000, Prenzlau 2278,60, Pulsnitz 4400, Radulitz 2500, Rathenow 4600, Raßburg 10 000, Reichenbach 11 000, Reulingen 5314,95, Rimpar 5000, Roda 900, Rothenburg 4770, Sachwitz 6000, Sagan 4087,20, Saalungen 1500, St. Ingbert 16 000, Scheuditz 2500, Schöneberg 110 000, Schröd 2295,40, Schneida 3000, Schwedt a. d. O. 1856,50, Schwesfurt 5000, Seelitz 4660, Selb 20 000, Seeligenstadt 1500, Soltan 786,50, Springe 1400, Staffurt 3000, Steglitz 50 000, Steinbach (Taunus) 769,20, Steinbach (Kr. Sieben) 1000, Stein-jeffen 6000, Stollberg 1000, Storkow 4400, Svinemünde 140, Tegel 10 000, Teltow 45 000, Teßin 9400, Tostedt 1056,05, Verden 6000, Wandersb. 1500, Wannsee 19 000, Wattencheid 7879,24, Wehrden 1000, Weimar 5700, Werder 5000, Wiesel 13 056, Wiebilingen 5000, Wiesbaden 6000, Wilddab 5000, Wilmersdorf 30 000, Windeser 8126,50, Witten 2000, Wittenberg 700, Wittenburg 9084,85, Wollin 2096,30, Zittau 8050. Summa 1 859 491,55.

Zuschuß erhielten vom 7. bis 31. Januar 1923 die örtlichen Verwaltungen: Aalen 598,65, Alt-Glienide 1412*, Augsburg 5000, Bartenstein 14 000, Brunsbüttel 290,50*, Bülow 3512,50, Dörnagen 5000, Elbing 47 522,40*, Flens-burg 2384,90*, Fulda 2500, Geesthacht 1625*, Göttingen 10 309*, Groß-Anheim 2000, Heidingsfeld 24 000, Krampelin 10 000, München 118,20*, Neubrandenburg 3000, Oranien-burg 44 000, Pilsnaken 22 234,90*, Rostock 8000, Schlaben 12 172,80, Schröd 5300*, Siebenburg 10 981,90, Wilhelmshaven 30 000. Summa 268 769,75.

Die mit einem * bezeichneten Zuschüsse sind von der Hauptkasse für die Verwaltungen bezahlte Rechnungen.

Hauptkasse, Januar: Reine Einnahme 52 674,45 M., reine Ausgabe 728 927,45 M., Mehrausgabe 676 253 M.

Der Vorstand.

Abrechnung vom Unterstützungsfonds

der

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(Ersatz- und Zuschußkassen in Hamburg.)

vom 1. November 1922 bis 31. Januar 1923.

Einnahme.

Kassenbestand am 31. Oktober 1922 7447 M., Aachen 68, Altenburg 17,50, Altenvers 5, Arnstedt 8, Augsburg 66, Augustwalde 14, Bad Nauheim 14, Barmen 3, Beed 20, Bernburg 10, Bielefeld 12, Bochum 27,50, Wödingen 6, Bornstedt 22,50, Brandenburg 3, Breithardt 22,50, Breslau 13, Budow 8,50, Bunzlau 13,50, Burg 50, Büttow 6, Cammer 12, Cassel 118,50, Celle 222,50, Charlottenburg 2, Chem-nitz 1, Conweiler 3,50, Cöpenid 30, Crumbach 7,50, Dahlen 12,50, Danzig 4, Deuben 3, Dessau 14, Deutsch-Wissa 9, Doberan 25, Dödenhuden 1, Dortmund 25, Dresden I 32, Dresden II 32, Duisburg 3, Eisenach 12, Eisenberg 11, Elbing 25, Ebershausen 27, Emmendingen 15, Erfurt 32, Erfing 18, Flensburg 16, Frankfurt a. M. 147, Freiburg 25, Freiburg i. Bad. 50, Freyhan 3, Friedrichshagen 17, Fürsten-

malde 12, Fürth 22, Geesthacht 3, Gelsenkirchen 5, Götting 15, Götta 20, Groß-Gerau 5, Groß-Garthau 2, Groß-Lichterfelde 36, Großschadowitz I 6,50, Großschadowitz II 3, Gudensberg 37,50, Güstrow 50, Hagen i. Westf. 23, Hagenow 2,50, Hamburg I 20, Hamburg II 51, Hamburg III 5, Hamburg IV 38, Hamburg V 8, Hameln 1, Hamm 10, Hannover 75, Hann.-Linden 3,50, Harburg 25, Heidelburg 25, Heidingsfeld 11,50, Heilbronn 17, Hermannsburg 8, Hermsdorf 25, Hildesheim 4, Hirschberg 43, Hohenmölsen 11,50, Hundsfeld 7, Jena 54, Kahla 21,50, Kaitz 25, Kalk 5, Kalkberge 31, Kamenz 2, Karlsrube 15, Kellinghusen 6,50, Kiel 45, Königsberg 7,50, Langendiebach 25, Lauenburg 7,25, Lehnin 5, Leipzig 57, Lindenbergr 10, Lischwitz 23, Ludwigshafen 27, Magdeburg 3, Mainz 46, Mariendorf 10, Markabel 6, Meisen 5, Memel 66,50, Merseburg 50, Meßeritz 3, Mörfelden 6,50, München 629, Naumburg 16, Neu-Anspach 8, Neubrandenburg 5, Neufölln 45, Nieky 22, Nordenham 12, Rosten 17,50, Nowawes 25, Nürnberg 50, Ober-Schönmatteuweg 12,50, Ochlau 7, Pantow 25, Paretz 4, Pforzheim 149, Pilsnaken 50, Pinneberg 3, Potsdam 11, Pulsnitz 6,50, Raris 3, Rathenow 44, Reichenbach 10,50, Radulitz 2, Reichenberg 3, Reichenhall 5, Reulingen 74,50, Roda 50, Rodheim v. d. S. 8, Rostock 5,50, Rudolstadt 5, Saarbrücken 130, Saalungen 9, Schneidemühl 75, Schönebeck 25, Schöneberg 31, Schröd 25, Schwedt a. d. O. 3, Schweinfurt 23, Selb 63,50, Semb 14,50, Spandau 20, Steglitz 25, Steinbeck 8, Stettin 30, Stollberg 33, Stralund 5, Stuttgart 22,50, Sulingen 5, Tegel 13, Teltow 76, Velten 12,50, Villingen 28, Wedel 6, Wehrden 32,50, Weizensee 1, Wernigerode 8, Wiebilingen 5, Wilhelmshagen 4, Wilhelmshaven 37, Wils-druff 11, Wippen 17, Wismar 10, Wittenburg 30, Einzel-gahler 127. Summa 12 275,75 M.

Ausgabe.

Hellwig-Reichenbach 200, Raß-Kostock 500, Platow-Steglitz 300, Porto laut Buch 70, Kassenbestand am 31. Januar 1923 11 205,75. Summa 12 275,75.

Revidiert und für richtig befunden durch A. Groth.

Montag, den 12. Februar:

Aachen: Abends 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Klein-kölnstr. 18, Zimmer 30. — Neudenburg: Abends 7 Uhr im „Vereinschulhaus“, Nienstadtstraße.

Dienstag, den 13. Februar:

Kiel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Lübau: Nach Feierabend in Kerus Restaurant, Schulgasse.

Mittwoch, den 14. Februar:

Nischsburg: Nach Feierabend im Volkshaus. — Duisburg, Bezirk Mülheim a. d. R.: Abends 6 Uhr bei Woller, Düsselwall.

Donnerstag, den 15. Februar:

Greifswald: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Penzig: Nachmittags 5 Uhr bei A. Grunten.

Freitag, den 17. Februar:

Gelsenkirchen: Abends 7 Uhr im „Tiergarten“, Marktstr. 11. — Münster i. Westfalen: Abends 8 Uhr bei August Brunnmann, Krummer Limpen 29/30.

Sonntag, den 18. Februar:

Berlinchen: Nachm. 3 Uhr im „Neuen Schützenhaus“. — Essen: Vorm. 10 Uhr im Lokal „Stadt Eberfeld“, Steeler Straße 19. — Gelsenkirchen, Bezirk Gladbeck: Vorm. 10 Uhr bei Wornland, Ecke Kaiser- und Hochstraße. — Güttersloh: Vorm. 10 Uhr bei H. Hammellamp, „Stadt Güttersloh“, Berliner Straße. — Hagen: Vorm. 10 Uhr bei Arnold, Ecke Eberfelder- und Bergl. abe. — Jümmelstadt: Vorm. 9 Uhr im Lokal „Weizenbrauerei“. — Segeberg: Nachm. 2 Uhr bei Gustav Seidel, Hamburger Straße 68.

Sonabend, den 24. Februar:

Frankenberg: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

— Anzeigen. —

Nachruf.

Am 18. Januar starb unser langjähriges Mitglied, der Zimmerer **Herr. Vosteen** im 50. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Delmenhorst.

Nachruf.

Am 28. Januar starb nach langer Krankheit unser Kamerad **Wilhelm Patzke** aus Herischdorf im Alter von 64 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Hirschberg i. Schl.

Nachruf.

Am 9. Januar starb infolge Herzschlages unser Kamerad **G. Kellmann** im Alter von 82 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Tostedt.

Mannheim-Ludwigshafen und Umg.

Achtung Kameraden! Wir ersuchen alle Kameraden, von Anfragen wegen Arbeit und Logis an die hiesige Zahlstellenleitung Abstand zu nehmen, da wir dieselben in Zukunft nicht mehr beantworten. Die Arbeits- und Logisverhältnisse im Zahlstellengebiet sind als unsicher zu bezeichnen. Bekommen die zureisenden Kameraden Arbeit, so erhalten sie im seltensten Falle Logis, oder umgekehrt: Sie haben Logis und keine Arbeit. Wir bitten die Kameraden allerorts, hiervon Notiz zu nehmen.

Der Vorstand.